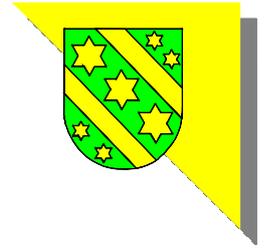


Landkreis Reutlingen



Haushaltsentwurf 2013

„Zum Vierzigsten“

Einbringung durch Landrat Thomas Reumann

24. Oktober 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren Kreisräte,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn wir auf das vergangene Jahr seit der Einbringung des Haushalts 2012 zurückblicken, dann können wir dies auch mit einem gewissen Stolz über das Erreichte tun.

Denn obwohl die Rahmenbedingungen ja weiß Gott nicht einfacher geworden sind und uns auch das Jahr 2012 alle gemeinsam vor neue Aufgaben und große Herausforderungen gestellt hat, haben wir in wichtige Zukunftsbereiche unseres Landkreises investiert und diese vorangebracht:

- in unsere Kinder und Jugendlichen:
 - Wir haben den Neubau unserer Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach vor wenigen Tagen festlich eingeweiht und damit ein klares Bekenntnis zur Zukunftsfähigkeit unserer beruflichen Schulen im Landkreis Reutlingen abgegeben,
 - wir haben die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut,
- wir haben in die bestmögliche Gesundheitsversorgung der Menschen im Landkreis Reutlingen investiert und den Neubau der Bettenhäuser Süd A und B im Zeitplan und im Kostenrahmen fortgesetzt,
- wir haben in die Infrastruktur unseres Landkreises investiert, in dem wir z. B. die Unterhaltung unserer Kreisstraßen nach einem klaren Prioritätenkonzept verstetigt und konsequent fortgeführt haben.

Wir haben aber auch im Jahr 2012 gemeinsam - Kreistag und Landkreisverwaltung - Verantwortung für eine nachhaltige Finanzentwicklung im Landkreis Reutlingen übernommen:

Wir haben hierzu Neuland betreten und den im Jahr 2010 zur Aufstellung des „Nothaushaltes 2011“ begonnenen Prozess „Zukunftswerkstatt I“ fortgeführt und erweitert.

War es im Rahmen der Aufgabenstellung des Nothaushaltes 2011 unser Ziel, eine Deckungslücke von 16 Mio. Euro durch kurzfristige Maßnahmen zu schließen und die Steuerung des Haushaltsvollzugs 2011 gemeinsam vorzunehmen,

wurde dieser Auftrag im Jahr 2012 erweitert mit der Aufgabenstellung, eine „Aufgabenkritik“ und „Potenzialanalyse“ in der Landkreisverwaltung durchzuführen und eine zukunftsorientierte Aufgabenkritik umzusetzen.

Zur inhaltlichen Begleitung dieses Projekts wurde 2012 ein prozessbegleitender Arbeitskreis aus Vertretern der Kreistagsfraktionen und der Verwaltung in Form der „Zukunftswerkstatt II“ gebildet, an dem auch der Personalrat beteiligt ist:

- Dieser Arbeitskreis ist eine konsequente und sinnvolle Fortführung der bisherigen Aktivitäten im Landratsamt, er greift insbesondere alle bisher gemachten und durchgeführten Organisationsentwicklungsprozesse und deren Ergebnisse auf,
- er ist langfristig angelegt, nicht nur auf einen einzelnen Haushaltsplan ausgerichtet und endet auch nicht mit der Verabschiedung des Haushalts 2013.
- Wir haben uns auf klare Prioritäten verständigt:
- Für das Jahr 2012 haben wir den Fokus auf die Personaleinsatzentwicklung und die Zweckkritik bei Freiwilligkeitsaufgaben gelegt,

- Wir haben dazu Personalvergleiche mit anderen Landkreisen und Kennzahlen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGST) angestellt, diese intensiv analysiert und auf mögliche Optimierungspotenziale für ausgewählte Verwaltungsbereiche abgeklopft.
- Wir haben umfassende Informationen über bisher eingesetzte Instrumente wie Potenzialanalysen, Organisationsentwicklungsprozesse und Vergleichsringe miteinander diskutiert,
- und wir haben eine Übersicht über neu übernommene oder erweiterte freiwillige Aufgaben, nicht übernommene freiwillige Aufgaben und in der nächsten Zukunft anstehende Entscheidungen zu freiwilligen Aufgaben beleuchtet und bewertet.

Mit der Einrichtung dieses Arbeitskreises „Zukunftswerkstatt II“ setzen wir im Landkreis Reutlingen eine gute und bewährte Tradition bei grundlegenden und für die konzeptionelle und strategische Ausrichtung des Landkreises zentral wichtigen Themenstellungen fort.

Ich denke etwa an die guten Ergebnisse, die in dem gemeinsamen Arbeitskreis von Verwaltung und Kreistag zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Landkreises Reutlingen erarbeitet werden konnten. Die Ergebnisse können sich sehen lassen: Wir haben ein zukunftsfähiges und tragfähiges Konzept beschlossen.

Die „Zukunftswerkstatt I und II“ setzen diese erfolgreiche Zusammenarbeit also fort, ich denke, das ist ein Markenzeichen im Landkreis Reutlingen und hierfür danke ich Ihnen.

Meine Damen und Herren,

Ausgangspunkt dieses Haushaltsentwurfs des Jahres 2013, den ich Ihnen heute vorlege, ist ein Haushalt im laufenden Jahr 2012, bei dem nach derzeitigem Stand im Ergebnishaushalt mit einem negativen Gesamtergebnis von rd. 3,4 Mio. Euro gerechnet werden muss.

Wir sind bei der Haushaltsplanung im vergangenen Jahr von optimistischen Annahmen ausgegangen. Einige der Risiken, insbesondere im Sozialbereich, haben sich realisiert. Wir gehen in diesem Bereich im Jahr 2012 von einem erhöhten Zuschussbedarf von rd. 4 Mio. Euro aus.

Einen Haushalt einzubringen, zu diskutieren und dann gemeinsam zu verabschieden in einem Jahr, das möglicherweise als Höhepunkt der europäischen Staatsschuldenkrise in die Geschichtsbücher eingehen wird, erfordert eine klare Aussage zu den Grundannahmen, die für die Aufstellung dieses Haushaltsentwurfs leitend waren:

Geschäftsgrundlage des Haushaltentwurfs 2013 sind Erwartungen, wie sich das kommende Jahr und die Folgejahre entwickeln werden. Wenn wir aber ehrlich sind, vermag im Moment niemand vorherzusagen, wie es im Jahr 2013 in der Wirtschaft weiter gehen wird. Schlagen wir die Zeitung auf, sehen wir, dass hochkarätige Experten eher verhaltene Prognosen für die kommenden Jahre aufstellen.

Nun halte ich überhaupt nichts von übertriebenem Pessimismus.

Und seien wir ehrlich:

Wer von uns hätte zu hoffen gewagt, dass sich die Wirtschaft im Landkreis nach einer intensiven Erholung 2010 und 2011 nicht nur auf hohem Niveau befindet, sondern sich auch im Zeichen einer beispiellosen Krise in anderen europäischen Ländern stabilisiert und äußerst positiv weiterentwickelt?

Und wer hätte erwartet, dass die Arbeitslosenquote derzeit bei insgesamt nur noch rd. 3,9% im Landkreis Reutlingen liegt?

Als Folge davon und auf Grund der damit verbundenen höheren Steuereinnahmen steigt die Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen im Jahr 2013 auf einen historischen Höchststand an.

Die Orientierungsdaten des Innenministeriums und des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung für das Jahr 2013 gehen in den Jahren 2014 bis 2017 von weiteren deutlichen Steigerungen der Steuerkraftsumme aus.

Ist also alles im grünen Bereich?

- Wir sind keine Insel der Seligen.
- Die Frage lautet: Wie geht es mit unseren europäischen Nachbarn, wie mit Europa weiter?
- Was machen die USA und China?

Fakt ist deshalb:

Für die Beurteilung, wie sich die wirtschaftliche Situation in den Jahren 2013 und den folgenden Jahren entwickeln wird, befinden wir uns auf einem schwankenden Boden. Ein gesunder Optimismus ist sinnvoll, wünschenswert und gut.

Ein blinder Konjunkturoptimismus dagegen wäre für die Gestaltung unseres Haushaltes im Jahr 2013 verfehlt. Es bleibt abzuwarten, wie sich angesichts der aktuellen Stimmung in der Wirtschaft, insbesondere in der Automobilindustrie, die wirtschaftliche Lage tatsächlich entwickeln

wird.

Dennoch:

Wir haben diesem Haushalt weiterhin von uns noch vertretbare optimistische Annahmen zur Grunde gelegt. Etwa wenn für den Sozillastenausgleich, für den zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch keine verbindlichen Zahlen vorlagen, Schätzwerte in einer Größenordnung von 3,4 Mio. Euro eingestellt worden sind.

Lassen Sie mich anhand von einigen wenigen Folien den Entwurf des Haushalts 2013 erläutern:

Folie 1:

Gesamthaushalt 2013:

- Das Gesamtvolumen mit über 255 Mio. Euro liegt um rd. 3 Mio. Euro oder 1,2 % über dem Volumen des Haushalts 2012. Der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit ist gegenüber 2012 deutlich rückläufig.

Folie 2:

Ergebnishaushalt - ordentliche Aufwendungen:

Werfen wir kurz gemeinsam einen Blick auf die Hauptausgaben des Haushalts 2013:

- Es ist schon deprimierend:
Wir haben eine überaus positive wirtschaftliche Entwicklung und dennoch steigen die Aufwendungen im Sozial- und Jugendhilfebereich

erneut deutlich an.

Der Zuschussbedarf wird trotz erster positiver Ergebnisse der im Sozial- und Jugendamt eingeleiteten Steuerungs- und Optimierungsprozessen im Jahr 2013 mit 114,3 Mio. Euro einen neuen Höchststand erreichen:

- So wird der Nettoressourcenbedarf bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen von 40,2 Mio. Euro im Jahr 2012 auf 47,3 Mio. Euro im Jahr 2013 steigen.

Auf Grund der demographischen Entwicklung müssen wir auch in den kommenden Jahren mit kontinuierlich steigenden Fallzahlen rechnen.

- Bei der Inklusion in Regeleinrichtungen ist mit weiter steigenden Kosten zu Lasten der Landkreise zu rechnen, weil vor allen Dingen im Bereich der Schulverwaltung des Landes Baden-Württemberg die personellen und finanziellen Grundlagen für die Wahrnehmung der sozialpädagogischen Leistungen vom Land nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen - der klassische Verschiebbahnhof zu Lasten des Landkreises.

Konkret:

Bei den Schulbegleitungen werden in der Jugendhilfe Mehrausgaben von 250 000 bis 270 000 Euro erwartet. Klartext: Wir sind hier Ausfallbürge für landes- und bundespolitische Aufgaben.

Die Tarifabschlüsse wirken sich beim größten Einzelposten im Sozialetat - der Eingliederungshilfe - ebenfalls stark kostensteigernd aus. Die Rahmenbedingungen des Vergütungsrechts nach den Sozialgesetzbüchern und der weitgehende fehlende Wettbewerb lassen den Sozialhilfeträgern zudem nur sehr begrenzte Einflussmöglichkeiten

auf die Vergütung zu.

- Mit dem eingeleiteten Fallmanagement im Einzelfall und der allgemeinen Umsteuerung auf ambulante Angebote wurden erste spürbare Erfolge erzielt.

Wir dürfen uns allerdings nichts vormachen:

Diese Steuerungsmaßnahmen allein können nur einen Teil des Anstiegs der Aufwendungen auffangen. Ohne klare und spürbare finanzielle Beteiligung des Bundes werden die Aufwendungen für die Eingliederungshilfe auf Dauer von der kommunalen Ebene nicht getragen werden können.

Daher muss das im Rahmen des Fiskalvertrages in Aussicht gestellte Bundesleistungsgesetz in der nächsten Legislaturperiode rasch angegangen und umgesetzt werden, um die kommunalen Haushalte glaubwürdig und nachhaltig zu entlasten. Alles andere ist Augenwischerei.

- Im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe erhöht sich der Zuschussbedarf vor allem für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in der Tagespflege um rd. 1 Mio. Euro. Ab dem 01.08.2013 hat jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr einen Anspruch auf einen Betreuungsplatz. Auch der Landkreis trägt hier eine finanzielle Verantwortung.

Festzuhalten ist: Die zusätzlichen Geldleistungen des Landkreises werden durch die erhöhten FAG-Zuweisungen nicht vollständig kompensiert.

- Unverändert bleibt der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit einer der Schwerpunkte des Landkreises.

Es ist sehr erfreulich, dass das Land in die Finanzierung der Schulsozialarbeit 2012 wieder eingestiegen ist. Dies muss anerkannt werden. Der Landkreis hat seine Förderkriterien angepasst. Wir wollen durch die Beteiligung des Landes die Stellenanteile erhöhen. Dies heißt konkret, dass der Ansatz für die Schulsozialarbeit um rd. 100 000 Euro auf 837 000 Euro erhöht wird.

- Bei der Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung nach SGB XII sind weitere Fallzahlensteigerungen festzustellen. Die Bundesbeteiligung wird sich zwar 2013 von 45 % auf 75 % erhöhen, so dass hier mit einer zusätzlichen finanziellen Entlastung von rd. 3,2 Mio. Euro gerechnet werden kann.

Dem gegenüber stehen freilich eine Erhöhung des Regelsatzes und deutlich steigende Kosten der Unterkunft.

- Bei den Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler besteht ein erhebliches finanzielles Risiko.

Die Zahl der Asylsuchenden und die Zuweisungen sind weiter steigend. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2012, mit dem die bisherigen Regelsätze für Asylbewerber für verfassungswidrig erklärt wurden, hat höhere Geldleistungen und Regelsätze für die Asylbewerber zur Folge.

Dies wird nach derzeitigem Stand zu erhöhten Aufwendungen im Jahr 2012 i. H. v. 400 000 Euro führen und zu einer weiteren Erhöhung um 400 000 Euro für den Fall, dass für das Jahr 2011 Nachzahlungen geleistet werden müssten.

Wir erkennen an, dass die Landesregierung ihre grundsätzliche Be-

reitschaft erklärt hat, die nicht kostendeckenden Pauschalen für die Unterbringung von Asylsuchenden zu erhöhen. Konkrete Zahlen hierzu liegen aber noch nicht vor. Daher kann auch - Stand heute - nicht eingeschätzt werden, ob und in welcher Höhe ein Teil der Mehraufwendungen möglicherweise durch Mehreinnahmen aufgefangen werden kann.

Da mit weiter steigenden Zuweisungszahlen in die Gemeinschaftsunterkünften zu rechnen ist, ist das Land in der Bringschuld, für die kommunale Seite rasch Klarheit zu schaffen. Die Landkreise dürfen nicht im Regen stehen gelassen werden.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, arbeiten wir derzeit an der Konkretisierung und Umsetzung einer neuen Unterbringungskonzeption für die uns zugewiesenen Asylbewerber. Diese Konzeption hat drei Eckpfeiler:

- Zum Einen:
Weg von einer großen Gemeinschaftsunterkunft in der Carl-Zeiss-Straße,
hin zu kleineren Gemeinschaftsunterkünften am Standort Carl-Zeiss-Straße, in Münsingen und an einem weiteren Standort im Landkreis. Diese Grundabdeckung soll im Einvernehmen aller Städte und Gemeinden um kleinere und flexible Unterkünfte ergänzt werden. Ich bin hier außerordentlich dankbar für die konstruktive und offene Unterstützung durch alle Städte und Gemeinden im Landkreis - wir sind hier gut unterwegs!
- Der 2. Eckpfeiler ist eine mit der Unterbringung verknüpfte Konzeption für mehr und bessere Integration. Wenn die Asylbewerber ein oder

zwei Jahre bei uns sind, müssen wir hier besser werden. Wir wollen dazu die vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten in den Städten und Gemeinden einbinden und unsere Konzeption differenziert an dem jeweiligen vorhandenen Angebot vor Ort ausrichten.

Als erstes sehr positives Beispiel möchte ich die Unterstützung unserer in diesem Jahr bezogenen Asylbewerberunterkunft in Münsingen und die Unterstützung durch die Stadt und die ehrenamtlichen Engagierten nennen.

- Auf dieser Grundlage wird dann in einem 3. Schritt abschließend zu entscheiden sein, wie die Versorgung der Asylbewerber mit Bargeld, Gutscheinen oder anteiligen Sachleistungen entsprechend den Vorgaben des Bundesverfassungsrechts unterkunftsbezogen am besten gewährleistet werden kann.

Meine Damen und Herren,

- Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II hat sich die wirtschaftliche Entwicklung auf die Entwicklung am Arbeitsmarkt spürbar ausgewirkt. Die Zahl der Arbeitslosen und die Zahl der Arbeitssuchenden ist auch 2012 zurückgegangen. Die Aufwendungen und Erträge wurden deshalb im Haushaltsplanentwurf nicht erhöht, da einerseits optimistisch von einer weiteren zumindest verhalten positiven wirtschaftlichen Entwicklung ausgegangen wird, und andererseits die Agentur für Arbeit und das Job-Center für die Integration von Langzeitarbeitslosen weitergehende Maßnahmen ergänzend angehen werden.

Lassen Sie uns abschließend bei den ordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt noch einen Blick auf die Personalaufwendungen von 41,9 Mio. Euro werfen. Grundlage für die Planung der Personalaufwendungen im Jahr 2013 sind der Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes mit Tarifierhöhung für die Beschäftigten zum 01.01. und 01.08.2013 um je 1,4 %. Insgesamt steigen die geplanten Personalaufwendungen einschließlich der Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeiten gegenüber dem Vorjahr um 3,2 %.

Folie 3:

Entwicklung der Kreditaufnahmen ohne Umschuldung:

Meine Damen und Herren,

- In den Jahren 2006 bis 2010 haben wir gemeinsam die Chance genutzt, die sich uns durch die positive wirtschaftliche Entwicklung und den Anstieg der kommunalen Steuerkraft geboten hat. Wir haben auf Kreditaufnahmen bei der Investitionsfinanzierung verzichtet. Dadurch haben wir es erreicht, den Schuldenstand in dieser Zeit um insgesamt 20 Mio. Euro abzubauen.

Durch die Umstellung auf das Neue Kommunale Haushaltsrecht musste zudem die im Haushalt 2010 vorgesehene Kreditaufnahme i. H. von 6,7 Mio. Euro 2010 nicht in Anspruch genommen werden, so dass die Verschuldung zum 31.12.2010 noch 56,9 Mio. Euro betragen hat. Ende 2005 waren dies noch 81,5 Mio. Euro gewesen.

- Seit dem Haushaltsjahr 2011 sind zur Finanzierung von wichtigen Investitionen wieder Kreditaufnahmen in erheblichem Umfang erforder-

lich gewesen

- im Bereich unserer beruflichen Schulen, wir haben unsere Georg-Goldstein-Schule in Bad Urach vor wenigen Tagen feierlich eröffnet,
- sowie Investitionen in unsere Kreiskliniken, etwa am Standort Steinenberg in die Bettenhäuser Süd A und B und über 2,4 Mio. Euro in eine im Land Baden-Württemberg modellhafte und moderne Altersmedizin in der Ermstarklinik Bad Urach.

Im Jahr 2012 müssen zur Finanzierung dieser Investitionen Darlehen i. H. von 13 Mio. Euro aufgenommen werden.

Und d. h. im Klartext:

Folie 4:

Entwicklung des Schuldenstandes:

- 2012 steigt der Schuldenstand auf 84,4 Mio. Euro an.

Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf definiert für das Jahr 2013 angesichts dieser gewaltigen Höhe der absoluten Verschuldung ein klares finanzpolitisches Ziel:

Keine Nettoneuverschuldung 2013.

Die absolute Verschuldung im Jahr 2013 wird sich also trotz Investitionstätigkeit nicht noch weiter erhöhen.

Zur Klarstellung:

Wir nehmen zwar neue Kredite i. H. von 6,4 Mio. Euro auf. In exakt dieser Höhe erfolgen aber Tilgungen, so dass keine Nettoneuverschuldung entsteht und sich der Betrag der absoluten Verschuldung nicht erhöht.

Nach der Finanzplanung wird der Schuldenstand wegen der Finanzierung der Investitionen bis im Jahr 2014 auf 85,7 Mio. Euro ansteigen. Beginnend mit dem Jahr 2015 wollen wir im Finanzplanungszeitraum diese absolute Verschuldung dann wieder abbauen

Meine Damen und Herren:

Ich sage es ganz klar: Die Höhe der absoluten Verschuldung macht mir große Sorgen, denn durch die Verschuldung wird der Schuldendienst im Finanzplanungszeitraum von 8,8 Mio. Euro in 2012 auf 10,2 Mio. Euro im Jahr 2016 ansteigen, was den finanziellen Spielraum des Landkreises Reutlingen deutlich einengen wird.

10,2 Mio. Euro entsprechen nach heutigem Stand 3,4 %-Punkte Kreisumlage.

Es ist deshalb zwingend, dass wir in diesem Haushalt und in der Finanzplanung auch ein klares Zeichen setzen, dass wir es ernst meinen mit dem Abbau der Schulden.

Folie 5:

Entwicklung der Steuerkraftsummen der Gemeinden und Kreisumlageaufkommen:

- Durch den Anstieg der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden im Landkreis Reutlingen steigen die Steuereinnahmen in den Städten und Gemeinden mit 304 Mio. Euro um

24,3 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr auf einen aktuellen Höchststand - wohlgemerkt: nicht beim Landkreis.

Vor diesem Hintergrund muss die Chance genutzt werden, die Verschuldung beim Landkreis Reutlingen einerseits, aber auch in den Städten und Gemeinden andererseits nicht weiter zu erhöhen und abzubauen.

Meine Damen und Herren das heißt:

Bei einem gleichbleibendem Kreisumlagehebesatz von 33 %-Punkten würde das tatsächliche Aufkommen aus der Kreisumlage 100,34 Mio. Euro betragen, was zu Mehrerträgen für den Landkreis von rd. 8 Mio. Euro führen würde.

Wir dürfen als Landkreis aber nicht nur auf die Städte und Gemeinden blicken, denen es finanziell gut geht.

Denn es gibt andererseits unverändert Städte und Gemeinden im Landkreis, die nach wie vor Probleme haben, überhaupt einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und gleichzeitig vor wichtigen Aufgaben wie bspw. dem Ausbau der Kleinkindbetreuung stehen.

Ich schlage Ihnen deshalb im Sinne einer ausgeglichenen Balance zwischen den Interessen der Städten und Gemeinden einerseits und den Notwendigkeiten des Landkreises andererseits, vor, den Kreisumlagehebesatz um 0,5 %-Punkte auf 32,5 %-Punkte abzusenken. Dies führt zu 6,5 Mio. Euro erhöhten Mehrerträgen bei der Kreisumlage.

Folie 6:

Entwicklung Kreisumlage und Zuschussbedarf Sozialhaushalt

- Diese Vorgehensweise ist aus meiner Sicht auch vor dem Hintergrund geboten, weil wir im Nothaushalt 2011, wie die Folie 6 belegt, die Schere zwischen Zuschussbedarf Sozialhaushalt und Kreisumlage im Jahr 2011 aus der Notsituation der Städte und Gemeinden heraus nochmals deutlich vergrößert haben. Wir müssen dies - wie 2012 begonnen - wieder zurückführen.

Meine Damen und Herren,

Folie 7:

Werfen wir einen Blick auf den Ergebnishaushalt - ordentliche Erträge:

- Neben der Kreisumlage mit Mehrerträgen von 6,5 Mio. Euro werden auch die Schlüsselzuweisungen um 2,86 Mio. Euro steigen. Die Zuweisungen für Grundsicherung werden sich um 3,2 Mio. Euro erhöhen. Ich habe darauf hingewiesen.

Andererseits haben wir bei der Erstattung von Bund und Land für den Gemeinschaftsaufwand von Bundes- und Landesstraßen 900 000 Euro weniger etatisieren müssen.

Bei den Bußgeldern haben wir den Ansatz an die tatsächlichen Ergebnisse 2011 und 2012 angepasst und rd. 400 000 Euro weniger etatisiert. Ebenso 500 000 Euro weniger bei der Grunderwerbssteuer.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Folie 8:

die Haushaltsansätze sind das eine - aber:

Lassen Sie uns einen Blick auf die vor uns stehenden kommunalpolitischen Herausforderungen und Schwerpunkte werfen, die sich nur unvollständig in nackten Zahlen abbilden lassen:

Nachhaltigkeit ist in unserem Landkreis seit Jahren das Top-Thema. Das zeigt sich auch in unserer Organisationsstruktur:

Wir sind der einzige Landkreis in Baden-Württemberg in dem ein Dezernat und ein Amt diese Ausrichtung im Namen führen. Nach 12 Jahren Regionalentwicklungsprozess ist das authentisch und konsequent!

Und:

Wir sind das Herzstück des ersten Biosphärengebiets in Baden-Württemberg. Unser Biosphärengebiet „Schwäbische Alb“ verstehen wir als Modellregion für eine nachhaltige Entwicklung.

Im:

- Ökologischen Bereich - Umwelt- und Naturschutz - ja
- aber gleichberechtigt eben auch im finanziellen, im sozialen und kulturellen Bereich. Denn nur ein so weit gefasster Nachhaltigkeitsansatz entspricht dem Grundverständnis der Biosphärenreservate, wie es in der Erklärung von Sevilla im Jahr 1995 zum Ausdruck kommt!

Dieser Herausforderung stellen wir uns in der täglichen Arbeit und werden dies erst recht und konsequent in den kommenden Jahren tun:

Wo werden die Schwerpunkte liegen?

- Wir haben als erster Landkreis in Baden-Württemberg auf Initiative hier aus dem Gremium eine KlimaschutzAgentur gegründet:

Und das Ergebnis kann sich sehen lassen, denn das in unserer KlimaschutzAgentur umgesetzte System der Bürgerberatung hat landes-, ja bundesweit Anerkennung und Beachtung gefunden.

- Auch waren wir einer der ersten Landkreise in Deutschland, die an dem European-Energy-Award teilnehmen:
Dieser Qualitätsmanagementprozess läuft sehr vielversprechend, wir werden Ihnen das in der nächsten Sitzungsrunde darstellen.
Im Jahr 2013 wollen wir zertifiziert werden.
- Oder ich erinnere an unser „Schwäbisches Streuobstparadies“, das wir in diesem Jahr mit über 150 Partnern aus dem kommunalen Bereich, Naturschutz und Tourismus, Gastronomie und verarbeitenden Unternehmen gegründet haben:
Ein spannendes Projekt, um die europaweit wohl größte Streuobstlandschaft besser schützen und touristisch vermarkten zu können, wodurch ein erheblicher Mehrwert für uns entstehen wird.
- Unser Biosphärengebiet „Schwäbische Alb“ ist undenkbar, ohne das, was wir mit den beiden Förderprogrammen PLENUM und REGIONEN AKTIV - zusammen mit vielen Tausenden von Akteuren - umgesetzt und vorangebracht haben.
Mit Hilfe der beiden Förderprogramme haben wir in den letzten 12 Jahren weit über 500 Projekte mit 5,5 Mio. Euro gefördert und dadurch Investitionen i. H. von 12,5 Mio. Euro ermöglicht.
Im kommenden März läuft nun auch PLENUM aus.
Wir sehen in dem Angebot des Landes, die Gründung eines Landschaftserhaltungsverbandes in erheblichem Umfang zu unterstützen, eine große Chance, die Entwicklung fortzusetzen, um unsere einmaligen

ge Kulturlandschaft für die Zukunft zu bewahren. Ich bin Ihnen deshalb sehr dankbar, dass der technische Ausschuss uns mit großer Mehrheit den Auftrag erteilt hat, nun mit den Gemeinden, der Landwirtschaft und dem Naturschutz zu sprechen und dem Kreistag einen entsprechenden Entscheidungsvorschlag vorzulegen.

Ich bin überzeugt davon, dass die Chancen und Möglichkeiten eines Landschaftserhaltungsverbandes die Risiken bei weitem überwiegen.

- Wir wollen aber auch in anderer Hinsicht vorbildlich, „an der Spitze der Bewegung“ sein:

Wir wollen uns mit dem Landkreis Tübingen und dem Zollern-Alb-Kreis zu einer „Modellregion Breitbandausbau“ zusammenschließen.

Wir wollen dadurch die planerischen Grundlagen schaffen, dass in unserer Region in den nächsten Jahren ein glasfaserbasiertes Höchstgeschwindigkeitsnetz entsteht. Da dieser Ansatz landesweit modellhaft ist, dürfen wir mit einer 50 %-igen Landesförderung rechnen.

Und die Städte und Gemeinden werden mit unserem 3-Landkreis-Modell ebenfalls mit erheblich höheren Förderungen rechnen können.

Und:

- Wir arbeiten weiter daran, gemeinsam mit den Landkreisen Zollern-Alb und Tübingen und der Stadt Reutlingen die energetische Verwertung von Bioabfällen mit einer „regionalen Lösung“ zu ermöglichen. In Zeiten, in denen die Transportwege eine immer größere Bedeutung bekommen, steht es uns gerade in unserer Modellregion für eine nachhaltige Entwicklung gut an, den „Schweiß der Edlen“ zu vergießen.

Meine Damen und Herren,

- Es gibt auf Ebene EU, Bund und Land vielfache Förderchancen, mit Hilfe derer wir unseren Landkreis entscheidend voranbringen können. So wird das Land z. B. in den nächsten Wochen den Startschuss für die Bewerbungsphase um das Förderprogramm LEADER in den Jahren 2014 bis 2020 geben. Es wäre eine tolle Sache, wenn wir dieses LEADER-Programm in unseren Landkreis holen könnten.

Wir werden solche Förderchancen aber nur dann erschließen können, wenn wir auch über das entsprechende Personal verfügen, um das aufwendige Bewerbungsverfahren erfolgreich zu durchlaufen und dann die entsprechenden Arbeits- und Organisationsstrukturen zu schaffen. Ohne solches Personal gehen vielversprechende Förderchancen an uns vorbei. Das kann und darf nicht unser Interesse sein. Deshalb schlagen wir Ihnen vor, eine Stelle für EU-Angelegenheiten und Fördermanagement zu schaffen. Wir wollen diese Stelle zunächst auf 5 Jahre befristen: So können wir rechtzeitig besprechen, was diese Stelle gebracht hat und dann gemeinsam entscheiden, ob wir sie weiter führen.

Ein Thema, das uns schon lange beschäftigt, muss 2013 auf den Punkt gebracht werden.

- Die weitere Entwicklung der Regionalstadtbahn wird Ende diesen Jahres und dann im Jahr 2013 einer abschließenden Entscheidung bedürfen.

Die Standardisierte Bewertung liegt vor. Das auf Grund der Ihnen bekannten Förderproblematik bekannte Modul 1, also die Beantwortung

der Frage, welche Teile der Regionalstadtbahn können vor dem Jahr 2019 geplant, gebaut und abgerechnet werden, liegt in Kürze vor und muss dann mit Bund und Land besprochen werden. Auf dieser Basis werden wir dann kurzfristig zu entscheiden haben, ob wir eine entsprechende Planung in Auftrag geben.

Meine Damen und Herren,

- Eine weitere riesige Herausforderung, die uns insbesondere in diesem Jahr, vor allen Dingen aber auch 2013 beschäftigen wird, ist im Entwurf des Haushaltsplans 2013 nur unvollständig abgebildet. Es geht um unsere Kreiskliniken Reutlingen an 3 Standorten, also das Klinikum am Steinenberg, die Ermstarklinik und die Albklinik.

Die Medaille hat 2 Seiten:

Auf der einen Seite ist völlig klar:

Die Krankenhäuser sind strukturell von Bund und Land unterfinanziert. Sicherlich ist heute nicht der richtige Ort, dies breit auszuführen, aber diese Problematik hat auch für den Landkreis eine weitreichende Bedeutung.

Nach aufwühlenden Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene haben wir unser Ziel einer fairen Krankenhausfinanzierung nicht erreicht. Zweifelslos hat die Bundespolitik gewisse Verbesserungen beschlossen. Ich möchte das hier nicht klein reden.

Aber es stimmt halt auch:

Mit den finanziellen Zugeständnissen hat man uns nur einen Teil von dem zurückgegeben, was man den Krankenhäusern in Baden-Württemberg in den Krisenjahren 2010 und 2011 genommen hat.

Landesweit spitzt sich die Situation zu, auch wenn die Politik das nicht

wahrhaben will - wir lesen es jeden Tag in der Zeitung.

Es darf dann aber nicht wahr sein, dass die Krankenkassen Monat für Monat weitere Milliarden Reserven anhäufen und ein Streit darüber entsteht, wie dieses Geld bestmöglich verwendet werden soll.

Ich sage:

Das ist das Geld, das uns zur Bezahlung der Tariflohnerhöhungen in den Krankenhäusern, für die Pflegekraft im Krankenhaus fehlt.

Wenn die Bundespolitik einerseits fordert, dass die Mitarbeiter am Aufschwung beteiligt werden müssen und betont, dass gerade die Pflege eine gute Bezahlung braucht, ist dem uneingeschränkt zuzustimmen.

Faire Bezahlung für gute Arbeit - gut so!

Aber:

Die Krankenhäuser brauchen hierfür eine faire Finanzierung!

Ohne das Bild der ausgepressten Zitrone strapazieren zu wollen: Die Krankenhäuser in Baden-Württemberg sind trägerübergreifend längst dabei angelangt, auch noch die Zitronenpresse erwirtschaften zu müssen.

Wenn man Krankenhäuser weiter so unter Druck setzt, wird dies Auswirkungen haben auf die Versorgung der Menschen in Baden-Württemberg - und das müssen wir alle gemeinsam noch viel deutlicher machen.

Auch die Landesregierung muss zu ihren Zusagen stehen - sie ist nach wie vor in der Bringschuld. Grün-Rot haben eine massive Aufstockung der Investitionsfördermittel für die Krankenhäuser verspro-

chen, mit dem Ziel, den bestehenden Investitionsstau in Baden-Württemberg von weit über 1 Mrd. EUR abzubauen.

Nach einem ersten ermutigenden Schritt in 2011 und einer Aufstockung 2012, was wir ausdrücklich anerkannt haben, droht der Aufholprozess ins Stocken zu geraten. Wir erwarten deshalb einen spürbaren weiteren Schritt im Doppelhaushalt 2013/2014.

Meine Damen und Herren,

- Es hilft unseren Einrichtungen nicht, als wichtiger Wirtschaftsfaktor und Wachstumsfaktor gefeiert zu werden, wenn von Bund und Land das Geld für eine weitere Entwicklung vorenthalten bleibt.
- Es hilft den Mitarbeitern in unseren Häusern nicht, wenn sie einerseits von der Politik in Bund und Land für ihren überdurchschnittlichen Einsatz gelobt werden und insbesondere ihre Bedeutung in einer alternenden Gesellschaft immer wieder unterstrichen wird, aber andererseits das Geld fehlt, ihnen angemessene Gehälter zu bezahlen.
- Und das alles hilft schlussendlich auch dem Patienten nicht, wenn er Hilfe braucht,
an 365 Tagen im Jahr, an 24 Stunden je Tag in den Krankenhäusern, flächendeckend im städtischen und im ländlichen Raum.

Darum geht es!

Keine Frage:

Auch wir müssen im Landkreis Reutlingen unsere Hausaufgaben machen und vor der eigenen Türe kehren. Dazu ist es zwingend, wie vom

Kreistag und vom Aufsichtsrat beschlossen, die bestehende Konzeption über die Medizinstruktur in allen drei Häusern konsequent weiterzuentwickeln und diese Maßnahmen konkret umzusetzen. Angesichts der bekannten Zahlen 2011 und 2012 ist klar: „Uns brennt der Kittel.“ Wir müssen hier konsequent und rasch vorankommen und deshalb die Geschäftsführung und unser Team in unseren Kliniken GmbH in ihrem großen Engagement nachdrücklich unterstützen.

Meine Damen und Herren,

wir setzen im Jahr 2013 auch in anderen Bereichen wichtige Schwerpunkte:

- Wir beschäftigen uns ja gemeinsam intensiv derzeit nach einem abgesprochenen Fahrplan damit, wie es mit der Gebäudesituation der Landkreisverwaltung weitergehen soll. Auch hier muss die endgültige Entscheidung im Frühjahr 2013 fallen, um die richtigen Lösungen umsetzen und vorantreiben zu können.
- Wir investieren weiter in Bildung:
Für den Erweiterungsbau unserer Theodor-Heuss-Schule sind 2013 1 Mio. Euro und in den Folgejahren Verpflichtungsermächtigungen i. H. von 3 Mio. Euro vorgesehen.
- Wir haben im Jahr 2012 auf Ihre Initiative die Ausbaustandards für den Ausbau unserer Kreisstraßen auf den Prüfstand gestellt und je nach Verkehrsbelastung differenzierte Kriterien erarbeitet.
Auf dieser Grundlage sind für die Kreisstraße Marbach-Ödenwaldstetten 2013 die Planungsleistungen und ab 2014 die Umsetzung vorgesehen.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Herausforderung ansprechen, die im Bewusstsein von uns allen noch nicht so richtig angekommen ist, die uns alle aber auf Grund ihrer gesamtgesellschaftlichen Brisanz in besonderem Maße beschäftigen wird:

Mit der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist ein Paradigmenwechsel erfolgt. Im Zentrum stehen der behinderte Mensch und sein nunmehr einklagbarer Rechtsanspruch auf uneingeschränkte Teilhabe sowie einen komplett barrierefreien Zugang in alle gesellschaftlichen Bereiche.

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen - und darum geht es - ist also eine Aufgabe, die alle Lebensfelder des behinderten Menschen betrifft und deshalb ein gesamtgesellschaftlicher Auftrag. Er wird deshalb nicht ausschließlich durch die Eingliederungshilfe und die kommunale Ebene zu schultern sein. Nur wenn Land und Bund hier ebenfalls klar Flagge und Verantwortung - und ich meine hier auch finanzielle Verantwortung - übernehmen, wird diese UN-Konvention auch tatsächlich spürbar und konkret umsetzbar sein. Ein vertrauensvoller Blick von Bund und Land auf die Kommunen, nach dem Motto „Ihr werdet das schon schaffen“, wird den behinderten Menschen weder gerecht noch helfen.

Um nun im Rahmen unserer Zuständigkeiten und im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten eine sachgerechte und nach Prioritäten abgestimmte Vorgehensweise - im Sinne eines „Aktionsplanes Inklusion“ - erörtern zu können, haben wir Ihnen einen gemeinsamen Prozess unter Einbindung aller Beteiligten im Landkreis Reutlingen vorgeschlagen. Vorbild ist unsere Gesundheitskonferenz. Wir wollen mit diesem Prozess landesweit modellhaft vorgehen und eine wissenschaftliche Begleitung

umsetzen. Mit diesem Projekt erfolgt eine entscheidende Weichenstellung in Richtung eines „inklusive Landkreises Reutlingen“.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herrn,

im kommenden Jahr blickt der Landkreis Reutlingen auf sein 40-jähriges Bestehen zurück. Wenn Sie so wollen, lege ich Ihnen heute den Entwurf des „Geburtstagshaushalts“ des Landkreises Reutlingen vor
- also „zum Vierzigsten“!

Ob der Finanzfahrplan für das Jubiläumsjahr 2013 ein Buch ist, das man sich gerne auf den Gabentisch legt, können wir gerne in der Haushaltsberatung miteinander beraten.

Aber: Als Geburtstagskind darf man ja Wünsche äußern:

Interfraktionellen Anträgen auf Erhöhung der Kreisumlagehebesatzes wird die Verwaltung jedenfalls aufgeschlossen gegenüber stehen.

Aber im Ernst:

Wir schlagen Ihnen nicht mehr vor, als notwendig, weil wir wissen, dass wir über die Umlage mit unseren Städten und Gemeinden eine Schicksalsgemeinschaft bilden und dass wir vor allem diejenigen, die ihrerseits erhebliche Haushaltsprobleme haben auch im Jahr 2012 nicht überfordern dürfen.

Auf der anderen Seite glaube ich aber ehrlich gesagt nicht, dass wir wirtschaftlich besseren Zeiten entgegengehen,
und deshalb müssen wir uns schon fragen:

Wann, wenn nicht jetzt?

Abteilung Dank:

Ich danke meinem Team im Landratsamt, das auch im vergangenen Jahr erneut einen tollen Job gemacht hat.

Ich danke dem Team der Kämmerei insbesondere dem Dezernenten, Ihnen Herr Pflumm, Ihnen Herr Klett und Ihnen Herr Gekeler, dass Sie es erneut geschafft haben, diesen Haushalt mit sehr viel Sachkunde, Teamgeist und Fleiß fristgerecht vorzulegen und gemeinsam mit dem Team im Haus zu erarbeiten - Danke.

Jetzt freue ich mich auf die Beratungen in den Gremien.